Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

10.01.2015 Nr. 70

Inhalt:

Auflösung der Mobilo0skop-Entwicklungs GmbH	S. 01	Für Hauptamtliche Stelle der Frauenbeauftragten	S. 02
Verbesserte Verteilung der Lasten im Haushalt	S. 01	Für Baugebiet in Alt-Bokel	S. 03
Abbiegespur für Einmündung Moorstraße	S. 01	Forderung nach Baumschutzsatzung	S. 04
CDU und Gewerbesteuer	S. 02	Schnelle Lösung für Ems-Center gefordert	S. 04

Januar 2004

SPD begrüßt Auflösung der Mobiloskop-Entwicklungs GmbH

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN begrüßte den Beschluss von Stadt und Landkreis, die Mobiloskop-Entwicklungsgesellschaft aufzulösen. Damit endete ein kostspieliger Ausflug in die Welt der Freizeitevents, der Stadt und Landkreis über 510.000 Euro gekostet hatte. Das Konzept musste begraben werden, weil keine Interessenten gefunden wurden, die bereit waren, zu investieren. Auch den Bürgern war das Konzept nicht vermittelbar gewesen. Hätte man auf die SPD gehört, wäre die Stadt heute nicht so hoch verschuldet.

Bereits bei der ersten Vorstellung im April 1999 hatte die SPD eine Befürwortung des Projektes nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, dass betroffene Firmen Interesse zeigten und für die finanzielle Umsetzung sorgten. Nach Meinung der SPD durften auf die Stadt außer planerischer Kompetenz keine finanzielle Belastung zukommen. Eine privatwirtschaftliche Umsetzung und Betreibung sollte die Garantie dafür sein, dass ein attraktiver Besuchermagnet entstände, der die Stadt finanziell nicht belastet.

Das Versprechen des Planungsbüros Büscher, private Investoren einzuwerben, konnte nicht eingelöst werden. Die Machbarkeitsstudie, die dem Planungsbüro Büscher rund eine Millionen Euro einbrachte, wurde erst nach mehrmaligen Drängen verspätet abgeliefert, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen.

Wegen des Kommunalwahlkampfes wurde die Finanzierung der Machbarkeitsstudie als Prestigeprojekt des Bürgermeisters und des damaligen Landratskandidaten mit Beteiligung der öffentlichen Hand durchgeboxt. Noch wenige Tage vor der Wahl wollte sich die Meyer-Werft als einziger konkreter Investor am Mobiloskop beteiligen, wo von sie nach der Kommunalwahl sofort wieder abrückte.

Durch eine rechtzeitige Abkehr von dem Mobilboskop hätten mit großer Sicherheit auch die aktuellen Planungen des Investors bei Rieke und Meyer früher realisiert werden können.

Im Haushalt 2004 verbesserte Verteilung der Lasten

Die Fraktion trug mehrere Maßnahmen zur Haushaltssanierung durch Einsparungen mit. Eine Zustimmung zum Haushalt wäre aber nur dann möglich gewesen, wenn auch die Einnahmen verbessert und die Lasten gerechter verteilt würden. Eine Voraussetzung für die Verbesserung der Einnahmen lag für sie in der Anhebung der Gewerbesteuer.

Die Fraktionsmitglieder hatten an der Sanierung der Finanzen mitgewirkt. Von ihnen kam der Vorschlag, Teilstücke von nicht benötigten Kinderspielplätzen zu verkaufen. Trotz großer Bedenken wurde die Festlegung von Hallennutzungsgebühren mitgetragen. Auch im Kulturbereich war die SPD bereit, zu sparen. Bei den Bädern war die Fraktion grundsätzlich bereit, einer Privatisierung zuzustimmen, wenn die Nutzungsqualität für die Bürger verbessert werden könnte und Kosten gespart würden.

Einer Privatisierung der Volkshochschule zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnte sie nicht zustimmen, weil Einspareffekte nur auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden sollten. Außerdem fürchtete die Fraktion, dass die Finanzausstattung der privatisierten VHS zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Bildungsanbietern führte.

Bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen spielten die Haushaltsbelastungen durch den Hafen für Verwaltung und CDU keine Rolle. Für die Fraktion aus SPD und GRÜNEN durften die Kosten des Hafens zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein. Was für Müllabfuhr und Straßenreinigung galt, müsste auch für den Hafen gelten. Gebühren müssen kostendeckend erhoben werden.

Da eine Transparenz und Offenheit bei der Diskussion um den Haushalt 2004 weder durch die Verwaltung noch durch die CDU sichergestellt war, lehnte die Fraktion den Haushaltsentwurf 2004 ab. Aufgrund der ungleichen Verteilung von Informationen bestand keine vertrauensvolle Grundlage für eine Zusammenarbeit.

Abbiegespur für Einmündung der Moorstraße in die Friederikenstraße

Das Verbot für LKW am Splitting wurde von den Fraktionsmitgliedern begrüßt. Sie freuten sich über ihren Erfolg bei den Vorschlägen für die Verkehrsführung und forderten gleichzeitig eine zusätzliche Abbiegespur von der Moorstraße in die Friederikenstraße.

Im gesamten Bereich der Neubaustrecke Splitting rechts vom Bethlehem bis zum Kreisel waren insbesondere an der Häuserseite an verschiedenen Stellen die Bordsteine zur Fahrbahnseite entweder beschädigt oder weggebrochen. Die Fraktion forderte im April 2003 deshalb ein Fahrverbot für LKW über 7,5 t. Jetzt reagierte die Verwaltung der Stadt und mit sofortiger Wirkung durfte die Straße Splitting rechts zwischen L 51 (Rheiderlandstraße) und der Ersten Wiek nicht mehr mit LKW über 3,5 t befahren werden. Davon war der Lieferverkehr jedoch ausgenommen. Um dieses Verbot auch durchzusetzen, sollten jetzt häufiger Kontrollen gemacht werden.

Ein weiteres Ärgernis bestand für die Fraktion bei der Einmündung der Moorstraße in die Friederikenstraße. An dieser Stelle staute sich der Verkehr unnötigerweise, weil keine Ab-

biegespur gebaut wurde, obwohl ausreichend Platz dafür vorhanden war. Bereits im März 2003 wies die SPD auf diese Unzulänglichkeit hin und forderte den Bau einer zusätzlichen Abbiegespur.

Mitglieder des Arbeitskreises Verkehr der SPD-Fraktion beim Ortstermin an der Einmündung Moorstraße-Friederikenstraße (Hans-Werner Gouterney, Bernhard Bloem, Hartmut Bugiel, von links nach rechts)

Februar 2004

Täuscht CDU Ablehnung der Gewerbesteuer vor?

Die Fraktion aus SPD und Grünen sah in den Ausführungen der CDU in der letzten Ratsitzung, wonach eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht in Frage käme, eine Wählertäuschung.

In Wahrheit sah das Konsolidierungs-Programm 2004-2007 der Stadt Papenburg, dem sowohl CDU als auch die FDP im Rat zugestimmt hatten, eine solche Steuererhöhung in zweistelliger Prozentzahl vor.

In der Ratsitzung vom 29.01.04 lehnte die CDU bei der Beratung des städtischen Haushalts 2004 die Forderung von SPD und Grünen nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer vehement ab. Man verwies dabei auf das Konsolidierungskonzept der Stadt. Aus dem aktuellsten Entwurf des Konsolidierungsprogramms, das den Zeitraum von 2004 bis 2007 beschrieb, wurde ab 2005 eine Gewerbesteuererhöhung konkret durchgerechnet. „Entweder haben manche die neue Entwicklung überhaupt nicht bemerkt oder die CDU hat hier im Rat möglicherweise bewusst die Unwahrheit gesagt, um zumindest kurzfristig von der Notwendigkeit einer Steuererhöhungabzulenken;“ so SPD-Fraktionschef Bugiel.

Auch die FDP, die mit der Zustimmung zum Haushalt ebenfalls dem Konsolidierungsprogramm zustimmte, musste sich fragen lassen, warum sie im Rat sogar die Abschaffung der Gewerbesteuer forderte, einer Erhöhung in den Folgejahren jedoch durch die Billigung des Konsolidierungsprogramms zustimmte.

Die SPD forderte von der CDU ein Bekenntnis zu der von ihr real beabsichtigten Gewerbesteuererhöhung. Darüber hinaus bekräftigte sie ihre Forderung nach einem Finanzausschuss. „Wer entweder so unprofessionell oder möglicherweise sogar wahrheitswidrig mit einem so wichtigen Thema wie Steuererhöhung umgehe wie die CDU, dürfe nicht länger ohne Kontrolle schalten und walten wie sie wolle“, so Bugiel an die Adresse der Verantwortlichen in der Mehrheitsfraktion.

März 2004

Hauptamtliche Stelle der Frauenbeauftragten

Mit Bedauern nahmen die Ratsmitglieder der SPD und GRÜNEN zur Kenntnis, dass die Frauenbeauftragte der Stadt Papenburg, Birgit Berrsen, ihre Stelle gekündigt hatte. Sie setzte sich in den fast zwei Jahren ihrer Tätigkeit engagiert für die Frauen ein. Mit ihrer Arbeit machte sie deutlich, dass es noch Handlungsbedarf in Papenburg gebe, um Gleichberechtigung zu realisieren.

Seit nunmehr 10 Jahren waren Kommunen verpflichtet, hauptamtliche Frauenbeauftragte zu beschäftigen. Für Papenburg war die Besetzung einer halben Stelle vorgeschrieben. Viel wurde seither frauenpolitisch auf den Weg gebracht, so Barbara Gruner, SPD-Ratsfrau: „Aber vom Ziel einer gleichberechtigten Lebenswelt für Frauen und Männer sei diese Gesellschaft noch weit entfernt.“ Derzeit drohte sich die Situation besonders für Frauen sogar zu verschlechtern. Angesichts allgemeiner Finanzknappheit wären Frauenbeauftragte als engagierte Akteurinnen und Bündnispartnerinnen für eine aktive Gleichstellungspolitik unverzichtbar. Trotzdem dachte die Landesregierung darüber nach, die Pflicht zu einer institutionalisierten Frauenpolitik abzuschaffen. SPD und GRÜNE im Stadtrat forderten die Beibehaltung der hauptamtlichen Frauenbeauftragten und verlangten eine schnellst mögliche Wiederbesetzung der Stelle in Papenburg.

Der Rechenschaftsbericht der Frauenbeauftragten machte nach Meinung der SPD deutlich, dass für eine Frauenbeauftragte weiter großer Handlungsbedarf bestünde. So müssten in der Zukunft Netzwerke geschaffen werden, um das Thema der Gleichberechtigung voranzutreiben und Benachteiligung von Frauen aufzuheben. Nicht zu unterschätzen wären auch die verwaltungsinternen Aufgaben. Den gemeinsamen Projekten von Jugendzentrum und Frauenbeauftragter drohte das Scheitern, wenn die Stelle der Frauenbeauftragten nicht schnellstens wiederbesetzt würde.

In Papenburg zeigte sich durch die Arbeit der Frauenbeauftragten, dass Frauen zum Beispiel unterstützt werden mussten

bei Fragen der Kinderbetreuung, wenn sie einer Arbeit nachgehen müssen. Gerade für Alleinerziehende stellte die Überbrückung der Ferienzeit eine fast unüberwindbare Hürde für eine Berufstätigkeit dar. Auch für Frauen mit Gewalterfahrung waren in Papenburg die Hilfsangebote unzureichend. Mit dem Wegfall des Frauenhauses waren im Gegensatz zu Lingen und Meppen Hilfs- und Beratungsangebote in Papenburg unterrepräsentiert.

Für Baugebiet in Alt-Bokel

SPD und GRÜNEN begrüßten die Absicht, in Alt-Bokel Neubauten zuzulassen. Statt nur in die beidseitige Bebauung des Kapellenwegs einzuwilligen, forderte die SPD die Ausweisung eines neuen Baugebiets nördlich des Kapellenwegs. Einen Ortstermin nutzte die Fraktion, um sich über die Möglichkeiten der Erschließung eines neuen Baugebietes zu informieren.

Neben der Stadtmitte müssten die Ortsteile von Papenburg gestärkt werden. Bei der Eingemeindung von Bokel war die Stadt die Verpflichtung eingegangen, für eine Entwicklung in Bokel zu sorgen. Aber Alt-Bokel konnte sich in der Vergangenheit nicht weiter entwickeln. Der Ortsteil Alt-Bokel sollte, so die Forderung der SPD, aber als dörfliche Lebensgemeinschaft erhalten bleiben. Das bedeutete, dass eine bauliche Entwicklung im begrenztem Umfang möglich sein müsste. Nur so könnte eine lebendige Siedlung mit entsprechenden nachbarschaftlichen Beziehungen und einer Vereinsstruktur erhalten bleiben.

Wie die Fraktionsmitglieder von Anton Schippmann, SPD, erfuhren, wurde seit 30 Jahren in Alt-Bokel kein neues Haus mehr gebaut. Wenn den Kindern der Einwohner von Bokel keine Gelegenheit für einen Hausbau eröffnet würde, könnte der Ortsteil als dörfliche Gemeinschaft mit einer durchmischten Altersbevölkerung nicht länger existieren.

Endlich könnte nun demnächst die südliche Straßenseite des Kapellenwegs bebaut werden. Für die SPD war diese Ausweisung als Baugebiet nicht ausreichend. Anton Schippman forderte: „Baugebiet Alt-Bokel ja, aber vernünftig.“ Deshalb schlug die SPD die Ausweisung eines Baugebietes von 5 ha nördlich des Kapellenweges vor.

Anlässlich einer Besichtigung konnten sich die Ratsmitglieder davon überzeugen, dass hier ein Baugebiet entstehen könnte, dass für Alt-Bokel eine Entwicklungsmöglichkeit darstellte.

Forderung nach einer Baumschutzsatzung

SPD und GRÜNE beklagten Abholzungen von einer Reihe von alten Bäumen in Papenburg.

Offensichtlich könnte man nicht bei allen Bürgern auf die Einsicht in die Notwendigkeit von Naturschutz vertrauen. Deshalb forderte die Fraktion die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung. Nur so hätte man ein wirksames Mittel gegen die Vernichtung alter und für die Anpflanzung junger Bäume.

Nach Beobachtungen wurden in diesem Frühjahr nach der Abschaffung der Baumschutzsatzung in Papenburg durch die CDU-Ratsmehrheit unverhältnismäßig viele alte und gesunde Bäume gefällt. Auch war vermehrt zu beobachten, dass das Astwerk der gefällten Bäume zu Osterfeuern zusammengetragen wurde, um dann am Vorabend von Ostern abgefackelt zu werden und so die Umwelt zusätzlich zu belasten.

Jetzt zeigte sich sehr deutlich, dass man beim Naturschutz nicht auf den mündigen Bürger setzen könnte, wie es die CDU in der Begründung für die Abschaffung der Baumschutzsatzung behauptete. In Papenburg gäbe es ohne Baumschutzsatzung keinen verantwortungsvollen Umgang mit alten Bäumen und niemand sorgte dafür, dass für die gefällten Bäume Ersatzanpflanzungen vorgenommen würden. Man müsste im Gegenteil davon ausgehen, dass für den Baumschutz ein rechtsfreier Raum bestünde. Wie das Beispiel der Rodungen an der Aschendorfer Langen Straße zeigte, schienen selbst geltende Gesetze zum Schutz der Natur, wie das Verbot von Rodungen nach dem 1. März, für Papenburg nicht mehr zu gelten. Besonders schlimm war, dass die Genehmigung zum Fällen von Bäumen erteilt wurde, die völlig gesund waren.

Um in Zukunft zu verhindern, dass der Baumbestand in Papenburg langfristig gefährdet würde, müsste die Baumschutzsatzung wieder in Kraft gesetzt werden.

SPD mahnt schnelle Lösung für Ems-Center an

Papenburg muss Einkaufzentrum für die Region werden.

Die anhaltenden Diskussionen um den richtigen Weg bei der Neuorientierung verschiedener Einkaufsmärkte am Untenende löste in den Reihen der Papenburger SPD tiefe Besorgnis aus. Wenn in dieser Frage nicht schnellstens eine gemeinsame und tragfähige Gesamtkonzeption zustande käme, nehme das Untenende einschließlich des Hauptkanals schon sehr bald irreparablen Schaden.

Mit dem Ems-Center, dem Deverpark und der Bebauung des Rieke-Meyer-Geländes bestünde eine einmalige Chance, ein attraktives Zentrum für Papenburg zu schaffen. Dieses würde bei einer intelligenten Konzeption automatisch zu einer Anbindung und damit einer Belebung der Geschäftswelt am Hauptkanal (z.B. durch eine neue Passage bei dem Gebäude der alten Ems-Zeitung) führen.

Mit OBI und Real und anderen stünden erfahrene Investoren bereit, die in Papenburg bleiben möchten, denen man aber auch die Chance einräumen müsste, ihre eigenen Vorstellungen umzusetzen.

„Es kann nicht länger gut gehen, dass verschiedene Standortkonzepte interessierter Investoren nebeneinander oder sogar kontrovers diskutiert werden. Am Ende stehen wir mit leeren Händen da“; so der SPD-Fraktionsvorsitzende Hartmut Bugiel. Alle Beteiligten müssten sofort aufeinander zugehen und gemeinsam nach einer für die Stadt guten Lösung suchen.

Hier wäre insbesondere die Verwaltung aufgerufen, federführend die zum Teil unterschiedlichen Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen.

Deshalb appellierte die SPD an die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung, das gemeinsame Gespräch mit den Kaufleuten und Investoren zu suchen